

Die Heimarbeiterin.

Organ des Gewerksvereins der Heimarbeiterinnen Deutschlands

Das Blatt erscheint monatlich.
Mitglieder erhalten es kostenlos.
Redaktionschluss am 15. jeden
Monats.

Herausgegeben vom Hauptvorstande.
Hauptgeschäftsstelle: Berlin W 30, Mollendorffstraße 15.
Fernsprecher: Amt Köpenick, 2858.
Sprechstunden: werktäglich von 9-1 und 3-6 Uhr, am Sonnabend von 9-2 Uhr.

Zu beziehen durch die Haupt-
geschäftsstelle und durch alle
Postämter.
Preis vierteljährlich 75 Pf.

Nummer 6.

Berlin, Juni 1919.

19. Jahrgang.

An die Christlich-nationalen Arbeiter und Angestellten Deutschlands!

Die Feinde haben den Vertretern des deutschen Volkes Friedensvorschläge unterbreitet, deren Inhalt Beirückung und Niederbruch des deutschen Volkslebens und dauernde Versklavung der deutschen Arbeit vorzieht. Gegen diese Ungeheuerlichkeit, die in der Geschichte der Völker ihresgleichen sucht, rufen wir Euch auf!

Im Vertrauen auf bestimmte Vorschläge Wilsons, die einen Frieden des Rechts und der Billigkeit verhießen, hat das deutsche Volk die Waffen endgültig niedergelegt. Der Feind hat den Waffenstillstand benützt zu einer Fortsetzung des grausamen Hungerkrieges. Schwere Opfer forderte er. Die besetzten Gebiete mußten schmachvolle Bedrückungen und Quälereien auf sich nehmen. All das wird in den Schatten gestellt durch die Maßlosigkeit, Brutalität und Grausamkeit der Bestimmungen des Friedensvorschlages.

In Ost und West soll unser Volkskörper verflümmelt werden. Kerndeutsche Gebiete will man losreißen. Unser einst so blühendes Industrie- und Gewerbeleben wird ins Mark getroffen. Auf Kohle und Eisen beruhte die deutsche Wirtschaft. Nun sollen wir verlieren das Lothringische Erzgebiet, die Kohle Oberschlesiens und des Saarbeckens, und von dem uns verbleibenden Ruhrrevier sollen wir jährlich noch 40 Millionen Tonnen dem Feind übergeben. Niemand mehr würde sich unsere Industrie von diesem Schlag erholen; Millionen von uns müßten außer Landes gehen oder in der Heimat ein klägliches Dasein fristen.

Der in allen Einzelheiten raffiniert ausgearbeitete Vernichtungsplan des Feindes sieht in zahllosen Bestimmungen Belastungen und Bedrückungen unsagbarer Art vor. Alle unsere finanziellen Mittel, die Früchte unserer Arbeit, sollen zuerst dem Feind zur Verfügung stehen. Nicht einmal das geheiligte Recht der Versorgung unserer kriegsbeschädigten, Witwen und Waisen soll uns verbleiben, ehe nicht der letzte Geschädigte des Feindes befriedigt ist.

So soll ein Volk von 68 Millionen Menschen einer verwilderten Nachsucht und der ziellosen Raffgier des fremden Kapitalismus geopfert und ihm tributpflichtig gemacht werden. Lohnsklaven wären wir, unsere Kinder und Kindeskinde.

Niemals werden wir uns solchem Schicksale beugen und gellend rufen wir es den fremden Kapitalisten zu: Nimmermehr lassen wir uns versklaven.

Wir appellieren an das Gewissen der Welt, das so Ungeheures nicht geschehen lassen kann.

Wir appellieren an Euch Arbeiter aller Länder! Ihr mögt bedenken, was Ihr der Lohnarbeiterklasse insgesamt schuldig seid. Laßt Ihr solches Verbrechen an uns geschehen, es wird sich an Euren eigenen Fleisch und Blut rächen.

In dieser Stunde höchster Not und schmerzvollster Entscheidung stellen wir uns mit dem ganzen deutschen Volk einmütig hinter die Reichsregierung. Und mit ihr rufen wir in Stadt und Land: Dieser Friede ist unmöglich!

Nur ein Friede des Rechts und der Gerechtigkeit wird die Menschheit aus der Tiefe des Völkerhasses und Blutvergießens zu den Höhen friedlicher Verständigung hinaufführen können.

Berlin, den 12. Mai 1919.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Durch Nacht zum Licht.

Hol' jetzt den Hammer, hol' den Pflug hervor,
Nicht tatenlos darfst du erschlaffen;
Durch Arbeit führt der Weg zum Licht empor:
Mein deutsches Volk, lern' wieder schaffen!

Zu früh gabst du die Waffen aus der Hand,
Jetzt ball' die Faust in wildem Grollen;
Gib es nicht preis, das teure Vaterland:
Mein deutsches Volk, lern' wieder wollen!

Allmächtig sind doch deine Feinde nicht —
Niemand kann deinen Gott dir rauben,
Er ist getreu, er hält, was er verspricht:
Mein deutsches Volk, lern' wieder glauben!

Der Jugend Zukunft ist dir anvertraut,
Halt' ihr den Weg zur Freiheit offen:
Geschafft, gewollt, auf Gott vertraut —
Dann, deutsches Volk, dann darfst du wieder hoffen.
Margarete Wolf.

Gewalt oder Recht?

Deutschland erlebt jetzt die Zeit tiefster Not, schmachlichster Vergewaltigung. Im Glauben an Woodrow Wilsons Programm des Weltfriedens, das er am 8. Januar 1918 in seinen 14 Punkten bekanntgab, machten wir uns — unbesiegt — zu Gebundenen. Wir nahmen die uns auferlegten maßlosen Waffenstillstandsbedingungen an, weil wir Wilsons löbenden Worten vertrauten. „Die Welt soll so geordnet und gesichert werden, daß man in ihr leben kann“, sagte der ehrenwerte Präsident der Vereinigten Staaten, und wir — glaubten ihm! Dabei legten uns die Waffenstillstandsbedingungen schon so Ungeheuerliches auf, daß wir wahrlich allen Grund gehabt hätten, sie abzulehnen, wenn wir nur noch fähig gewesen wären zu zielstarkem Wollen. Wohl hatte Ludendorff, der, als er einjah, was aus unserem Volke, zum Teil auch aus unserem tapferen, in zahllosen Schlachten jeglichem Heere geworden war, die Nerven verlor, selbst zum Waffenstillstandsangebot gedrängt. Als aber die Bedingungen, die man uns stellte, vorlagen, versuchte er alles, um ihre Annahme und damit unseren Zusammenbruch zu hindern. Man hörte nicht mehr auf ihn. Die damalige Regierung des Prinzen Max von Baden hatte uns bei zu harten Bedingungen zum letzten Kampf, zur nationalen Verteidigung aufrufen wollen. Die Regierung des 11. November tat es nicht, so schuldhaftig auch die Besten unseres Volkes, und zwar nicht nur die Männer, sondern auch wir Frauen, auf diesen Ruf hofften. Wir hätten unseren Truppen geholfen, die Grenzen der Heimat weiter zu verteidigen; die Feinde, deren Haß und Vernichtungsmittel in jenen Bedingungen schon so erschütternd klar auch für die Träumer zulage trat, von dem Einbruch auf deutsche Erde zurückzuhalten. Man rief uns nicht, nicht die Jungmänner, nicht die Greise. Man ließ nicht die heiße Vaterlandsliebe der Frauen die Männer erneut stark machen zum Einsetzen von Leib und Leben für Freiheit, Ehre und Vaterland. Man nahm die schmachlichen Bedingungen an und unserem Volke damit die Kraft zum letzten Verteidigungskampfe.

Was mußten wir schon damals alles preisgeben? Wir mußten Belgien, Nordfrankreich und Elsaß-Lothringen binnen vierzehn Tagen räumen. Alle nach dieser Zeit noch nicht zurückgezogenen Truppen wurden als Kriegsgefangene betrachtet. Es ist bekannt, mit was für niederträchtigen Mitteln Teile unserer auf dem Rückmarsch befindlichen Truppen zurückgehalten und dann gefangen genommen wurden.

Wir mußten 5000 Kanonen, 30 000 Maschinengewehre, 3000 Minenwerfer, 2000 Flugzeuge, 1700 Jagd- und Bombenabwurf-Flugzeuge abgeben.

Das linke Rheinufer wurde geräumt, Mainz, Koblenz und Köln besetzte der Feind und drang später, unter grober Verletzung der Waffenstillstandsbedingungen, noch tiefer in deutsches Gebiet ein.

Auf dem rechten Rheinufer gaben wir in 30—40 Kilometer Tiefe eine sogenannte neutrale Zone preis, die größtenteils ebenfalls in Feindeshand fiel.

Aus den geräumten Landstrichen durften wir nichts hinwegführen. Alle Fabriken, Eisenbahnen und andere Anlagen blieben an Ort und Stelle. Es sei nur daran erinnert, daß auf diese Weise alle Verkehrsmittel und alle Eisenbahn- und Schiffsfahrwege, alle Straßen, Brücken, Telegraphen- und Telephonleitungen dem Feinde ausgeliefert wurden.

Wir mußten ferner 5000 Lokomotiven, 150 000 Waggons mit allen Ersatz- und Zubehörteilen und 10 000 Lastautomobile abliefern. Die elsass-lothringischen Bahnen mußten mit allem Personal und Material innerhalb 31 Tagen übergeben werden. Außerdem mußte das für den Eisenbahnverkehr auf dem linken Rheinufer notwendige Material an Ort und Stelle bleiben.

Die Unterhaltung der feindlichen Besatzungstruppen übernahm Deutschland.

Im Osten zogen wir alle Truppen hinter die Grenze vom 1. August 1914 zurück.

Auf die Verträge von Brest-Litovsk und Bukarest mußten wir verzichten.

Ostafrika mußte bedingungslos kapitulieren.

Wir mußten in die Rückgabe des Bestandes der belgischen Manufakturen, des russischen und des rumänischen Goldes willigen. Die feindlichen Kriegsgefangenen wurden ohne Gegenseitigkeit herangezogen.

Alle U-Boote, 8 leichte Kreuzer und 6 Dreadnoughts wurden aneignet, die übrigen Schiffe abgerüstet und in neutrale oder feindliche Häfen überführt.

Wir sicherten unseren Feinden die freie Durchfahrt durch das Kattegat, wir beseitigten die Minenfelder und räumten alle Forts und Batterien, die bisher die Durchfahrtsstraßen gesperzt hatten.

Die Blockade blieb bestehen. Deutsche Schiffe durften weiter gefapert werden.

Alle von Deutschland für Neutrale verhängten Beschränkungen der Schifffahrt wurden aufgehoben.

Das Recht der Requisition in den geräumten Gebieten, in den Gebieten, in die unsere Feinde nicht einzubringen vermochten, wurde ihnen zugestanden, trotzdem unsere Ernährungslage trotzlos war.

Aber damit noch nicht genug.

Man hatte uns versprochen, daß zugleich mit Annahme der Waffenstillstandsbedingungen unser armes, hungerndes Volk mit Lebensmitteln reichlich versorgt werden sollte. Speck aus Amerika, Mehl und was sonst noch mangelte, sollte kommen.

Auch das war eitel Neberei. Unendlich wenig kam, und meist minderwertige Ware; dafür hatten wir jedoch unsere Handelsflotte „zur Verfügung“ für die Lieferungen stellen und Gold und Wertpapiere herausgeben müssen.

O Michel, daß du so gläubig warst!

Wärest du lieber stark geliebter!

Aber viele in unserem Volke glaubten auch dann noch, daß es sich nur um eine letzte harte Prüfung handele. Dann würden die Friedensbedingungen kommen, und die würden uns Erleichterung, neue Arbeits- und Lebensmöglichkeiten bringen!

Wir hatten ja alles getan, was die Feinde wollten. Unseren Kaiser, der durch 26 Jahre uns den Frieden erhalten hatte, weil er immer die schwere Auseinandersetzung mit den anderen Mächten, die uns jahrzehntelang bedrohten, um seines Volkes willen scheute, hatten wir zur Abdankung, zur Flucht ins Ausland gezwungen. Alle unsere deutschen Fürsten waren entthront. Der 9. November hatte mit allem ausgeräumt, was die Feinde zu lassen vorgaben. Das deutsche Volk hatten sie ja, wenn Worten zu glauben war, nie bekämpfen wollen, also mußten doch die Friedensbedingungen milde sein. Wir waren ja nicht besiegt, wir hatten doch die Waffen freiwillig aus der Hand gelegt, so aus der Hand gelegt, daß wir sie gar nicht wieder aufnehmen konnten. Freiwillig wehrlos standen wir da und streckten die Hände aus nach dem versprochenen Völkerverbündnis.

Run sind die Friedensbedingungen in diesen unseren ausgestreckten Händen! In Versailles sitzen, eingezäunt und bewacht, von den haßerfüllten Franzosen wie wilde Tiere betrachtet und verhöhnt, unsere Abgesandten und versuchen, uns einen irgendwie erträglichen Frieden zu erringen.

Die Bedingungen aber, die man uns macht, sind nichts als Bedingungen der Vergewaltigung, der Vernichtung. Es ist ja unmöglich, im Rahmen unseres Staates auf die 440 Artikel mit ihren vielen Unterparagrafen einzugehen, in die die Feinde ihren Willen zu unserer Vernichtung gefaßt haben. Es genügt zu sagen, daß auch im Teil I, in dem es sich um die Bildung des Völkerbundes handelt, der Kampf gegen Deutschland fortgesetzt wird, da es weder unter die 27 „ursprünglichen Mitglieder des Völkerbundes“, zu denen z. B. die Tschecho-Slowakei zählt, noch unter die „Staaten, welche aufgefordert sind, dem Bunde beizutreten“ (das sind die während des Weltkrieges neutral gebliebenen 13) gerechnet wird. Ein Paria unter den Völkern der Welt, dem man alles bieten kann und bieten will! Das beweisen schon die Einleitungen der vielen Artikel: „Die Grenzen Deutschlands werden, wie folgt, bestimmt, „Deutschland erkennt an“, „Deutschland verzichtet“, „Deutschland verpflichtet sich“, „Es ist Deutschland unterjocht“, „Deutschland nimmt an und erkennt als gültig und bindend an“.

Die „Sozialistische Korrespondenz“ schreibt mit Recht: „Nicht jedem ist es gegeben, sich durch die vielen hundert Paragrafen und zweihundert Seiten des Vertrages hindurchzuarbeiten, mit dem Deutschland erdroffelt werden soll. Für Leute, die gleichwohl seinen Inhalt begreifen wollen, legen wir hiermit mit ganz wenigen Worten hierher. Unsere Zusammenfassung ergibt zwar nicht den Inhalt, aber den Sinn des Übereinkommens.“

- Artikel 1: Der Angeklagte wird verurteilt.
- Artikel 2: Hierauf wird der Angeklagte geächtet.
- Artikel 3: Hierauf wird der Angeklagte ertränkt.
- Artikel 4—10 in derselben Weise . . . verurteilt, vergiftet, gerädert, erdolcht, erschossen und ertränkt.
- Artikel 11: Der Angeklagte ist verpflichtet, der gesamten Produktion der Artikel 1—10 lebendig beizuwohnen.
- Artikel 12: Nach Freidigung des Rufsens, Hängens, Ertränkens, Verurteilens usw. (Artikel 1—10) hat der Angeklagte noch 20 Jahre unentgeltlich für die Entente zu arbeiten. Lebensmittel erhält er in dieser Zeit nicht.“

Dies Bekenntnis von sozialdemokratischer Seite, sich in ihrem Vertrauen auf die internationale Liebe gründlich getäuscht zu haben, könnte uns in unserer Bewegung, die wir immer den Kopf nach, d. h. voll aufrichtigen Mißtrauens gegen das feindliche Ausland gehalten, fast als die beste Anerkennung wahren

Standpunktes freuen, wenn diese Anerkennung um der Tatsache willen, aus der sie hervorgeht, nicht so unendlich bitter für uns alle wäre.

Zehntausendmal lieber wollten wir uns in unserer Auffassung geirrt haben und unseren sozialistischen Brüdern dies bekennen, könnte dadurch noch jetzt ein Friede des Rechts und der Völkerveröhnung herbeigezaubert werden. Nun aber wissen wir alle, ob wir politisch links, rechts oder in der Mitte stehen, was dieser Friede von uns will, und fühlen auf einmal wieder, wie nötig es ist, daß Deutsche nur auf Deutsche bauen, und daß sich gegen den Haß der Welt vor allem wieder eine innere Einheitsfront in unserem Volke bilden muß, weil sie die einzige Möglichkeit bietet, daß die Feinde dadurch gedemütigt werden, sich mit uns in Verhandlungen über die Bedingungen einzulassen, die, so wie sie vor uns liegen, nach Ansicht aller Deutschen, auch nach Ansicht der jetzigen Regierung, unerfüllbar, unerträglich und unannehmbar sind.

Zu den Friedensbedingungen sagte bereits am 11. Mai einer unserer namhaftesten Politiker: „Sie treten das deutsche Volk in den Staub, demütigen und entehren, zerstücken und vernichten es und versperren ihm jeden Ausblick auf neuen Aufstieg. Wer sie unterschreibt, vollzieht Deutschlands Todesurteil.“ Und in der Sitzung der Nationalversammlung, die am 12. Mai in Berlin tagte, erklärten die Vertreter aller Parteien, daß es unmöglich sei, sie zu unterschreiben. Ja, der Ministerpräsident Scheidemann fand das mannhafteste Wort, die Hand müsse verdorren, die sich bereit fände, einen solchen Vertrag zu unterzeichnen. Gebt Gott, daß diese Auffassung, die durch tausende und abertausende Versammlungen im ganzen Deutschen Reich und mit leidenschaftlicher Gewalt besonders in den bedrohten Gebieten unserer Ost- und Nordmark, der Pfalz und des urdeutschen Saargebiets ihre Bestätigung fand, auch in der Stunde der Entscheidung anhält.

Die „Germania“, das Zentrumblatt, schrieb in jenen Tagen: „Die Bedingungen sind so hart, so brutal, daß es wie ein wahrer Aufschrei durch ganz Deutschland geht, in dem die schmerzliche, furchtbare Enttäuschung zum Ausdruck kommt, die dem deutschen Volke das Vertrauen auf Wilson und seine berühmten 14 Punkte, mit denen er leben und leben wollte, bereitet hat.“

Und unser Johann Meißner, der als Reichspostminister als einer unserer Friedensdelegierten in Versailles weilte, ist von den Bedingungen so erschüttert, daß er gesagt haben soll, es bliebe kaum etwas anderes übrig, als sich dem Bolschewismus in die Arme zu werfen. Daß das hieße, den Teufel durch Beelzebub vertreiben, ist freilich jedem klar, der Kenntnis davon hat, was aus dem armen Rußland unter der Herrschaft des Bolschewismus geworden ist. Mord und Hungersturz regiert dort den Tag. Der Weg führt nicht zum Ziel, zur Erlösung.

Es gibt nur einen Weg, den wir gehen können, wenn wir durch alle Not der Gegenwart die Zukunft unserer Kinder, die Zukunft unseres Volkes retten wollen. Er heißt: Sich klar werden über die Bedingungen, und trotz aller Wehrlosigkeit den einigen starken Willen aufbringen zum Nein sagen.

Dieser Vertrag der Vergewaltigung kann nicht, weil er unerfüllbar ist, darf nicht, weil er uns den Weg zur Freiheit nehmen würde, unterschrieben werden.

Es ist ein Jammer, daß unsere Vertreter in Versailles von unserer Schuld am Kriege gesprochen haben! Die Geschichte wird einst unterparteilich darüber Klarheit schaffen, daß wir gar nicht anders konnten, als in den Krieg gehen, da unsere Feinde ihn seit Jahren vorbereitet hatten. Ein deutscher Handelsanwalt, der zwanzig Jahre in England lebte und genaueste Kenntnis der Stimmung dort besaß, war geradezu trostlos, als in der großen Kundgebung Deutscher Arbeit und Wirtschaft am 19. Mai, in der im Namen von 10 Millionen Erwerbstätiger gegen den Erdrosselungsfrieden protestiert wurde, nicht noch viel schärfer, als es geschah, jede Schuld des deutschen Volkes am Ausbruch des Krieges abgelehnt wurde. Er bezeichnete unserer Hauptvorsitzenden, die dort im Namen der Heimarbeiterrinnen Zeugnis für den Willen der Frauen, einen unmöglichen, ehelosen Frieden abzulehnen, ablegte, daß schon im Jahre 1912 in England überall der feste Entschluß, Deutschland, den gefährlichen Konkurrenten, durch Krieg zur Vernichtung zu bringen, vorhanden gewesen sei. „Aber Deutschland hätte es ja nicht glauben wollen.“ Nun lernen es alle Deutschen glauben, denn die Friedensbedingungen reden eine nicht mehr mißverständliche Sprache.

Was will man von uns? Daß ein Viertel unseres deutschen Bodens, unserer Väter Erbsitz, will man uns nehmen, und fast 15 Millionen unserer Bevölkerung stehen in Gefahr, verloren zu gehen. Ueber 7 Millionen sollen sofort abgetreten werden, fast 8 Millionen sind z. T. durch sofortige Abtretung, z. T. durch eine nach 15 Jahren Besetzung vorzunehmende gefährdet.

Dem Selbstbestimmungsrecht der Völker ist jetzt so viel die Rede. Was will man nicht nur anderssprachige Deutsche, die bei uns bleiben wollen, wie die treuen Oberschlesier, die Masuren, nein, auch reindeutsche, wie die Pfälzer und die Saardeutschen, gewaltiam nehmen!

Mit Oberschlesien und dem Saargebiet soll uns ein großer Teil unserer Kohlenenerzeugung, mit Westpreußen und Posen ein Siebentel unserer Erndtzeugung genommen, Ostpreußen soll abgeschmückt und verkleinert werden, ja selbst von Pommern will man Gebiete nehmen, weil dort Kasjuben wohnen, die nie anders dachten, als daß sie Deutsche sind und Deutsche bleiben wollen.

Mit der Fortnahme unserer Kornammern im Osten sollen wir stets in der Gefahr des Hungertodes erhalten werden, um stets geizig zu sein. Mit der Fortnahme der Kohlengebiete soll unsere Industrie und unser Verkehrswesen z. T. erdroffelt werden. Soweit man aber unserer Industrie das Leben laßen will, soll Unternehmerrisiko und Arbeiterlosigkeit für die Feinde stehen. Denn man will uns ja die Zahlung von Kriegslasten aufzulegen, die geradezu ungeheuerlich sind. Ihre Abgrenzung soll aber erst im Jahre 1921 stattfinden, damit, im Falle wir uns bis dahin durch unsere wiedererwachte Schiffsflotte und Tüchtigkeit mehr erholt haben sollten, als es den Feinden genehm ist, weitere Kriegsschädigungen uns „im Namen der Gerechtigkeit“ auferlegt werden können. Daß wir durch den Verlust von Elbaf-Bohringen unser Kaffi-Weltmonopol einbüßen, daß unsere Handelsflotte fast verschwinden, unser Außenhandel vernichtet werden soll, daß man uns alle Kolonien vorenthalten, unsere Heeresmacht auf 100 000 Mann, d. h. auf eine Zahl, die nicht einmal als Polizeitruppe ausreicht, herabsetzen und uns eine Kriegsmarine nur im Umfange eines jämmerlichen Küstenschutes laßen will, sind weitere Bedingungen dieses Friedens, von dem es hieß, er solle ein Friede des Rechts und der Versöhnung werden.

Wenn wir dann noch erfahren, daß eine interalliierte Ueberwachungskommission eingesetzt werden soll, die jede Entwicklungsmöglichkeit deutscher Wehrkraft zu verhindern berechtigt und befähigt ist, wenn die sogenannte Kommission für Wiedergutmachung wie ein schmerzstillendes Halsband des Hentes um unser gesamtes Erwerbsleben gelegt werden und dafür Sorge tragen soll, daß alles, was etwa durch deutschen Fleiß erarbeitet wird, lediglich zur Abzahlung der uns auferlegten unerträglichen Kriegslasten verwandt werden darf, dann werden unsere Mitglieder den Ausspruch verstehen: „Der Teufel in der Hölle hätte diese sogenannten Friedensbedingungen nicht satanischer gestalten können.“

Als besonderen Schimpf mutet man uns dann noch zu, daß Kaiser, Kronprinz und Heerführer, die doch alle nichts wollten, als Deutschland verteidigen und zu einer gesicherten, glücklichen Zukunft führen, vor einem Gerichtshof der Feinde abgeurteilt werden sollen!

Wem ballt sich bei diesem allen nicht die Faust? Wem steigt nicht die Röte der Scham ins Gesicht? Wer sagt nicht mit Scheidemann: „Die Hand müsse verdorren, die einen solchen Frieden unterschreibt!“

Aber noch gibt es Menschen, die da glauben, wenn wir nur unterzeichnen, so kommt demnach der Wirtschaftsfriede und — Brot. Für unsere wirtschaftliche Zukunft ist es jedoch völlig gleich, ob wir unterzeichnen oder nicht. So oder so stehen wir vor Hunger und Not. Wenn wir unterzeichnen — als Sklaven, wenn wir die Unterschrift verweigern — als freies Volk, das seine Ehre rettet und bereit ist, in Ehren Hungerbrot zu essen.

In so und so viel Versammlungen war das letzte Wort: Lieber tot als Sklave!

Wahr als das Leben kann uns auch der hasserfüllteste Feind nicht nehmen, wenn wir ein Volk der Ehre bleiben. Und unser Nachruhm wird in heiser Achtung vor den Vätern, die Not und Hunger dem Slavensoch vorgezogen, schaffen und schaffen, ringen und kämpfen mit dem unbeweglichen Willen edler Menschen bis zu Deutschlands Wiedergeburt.

Darauf können wir hoffen, wenn wir uns stark machen zum „Nein“ gegen dieses Angebot der Schmach.

Unsere Nordmark, Schleswig-Holstein, die man auch verstimmen will, hat seit vielen Jahrhunderten als Wahrpruch: „Up ewig ungebeest!“ Das muß jetzt aller Deutschen Wahrpruch werden. Wir müssen endlich, endlich wieder inneren Zwiespalt vergessen und als „ein einzig Volk von Brüdern“ in dieser Zeit der Not und höchster Gefahr zusammenstehen. Und wir müssen noch eins: Erkennen, daß wir zwar nicht schuld am Kriege, aber schuld an unserem Zusammenbruch sind.

Der Reichtum des jungen Kaiserreichs, die unerhörte Aufwärtsentwicklung unserer Lebensbedingungen hatte uns alle, oben wie unten, vergessen laßen, daß es höhere Güter gibt

als materiellen Wohlstand. Nach ihm nur strebte unser Volk in allen Schichten. Dafür arbeitete es wie kein anderes Volk der Welt. Ueberweltliche Werte galten ihm gering. Nun geht's in die Tiefe. In eine Tiefe, wie sie wohl kaum ein Volk der Erde durchwandern mußte. Dahin ließ uns Gott kommen, weil wir ihn verließen. „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon“, lautet ein altes, so sehr vergessenes Wort. Wenn wir, das Volk, das man das religiöseste der Welt genannt, in der Tiefe, im finsternen Tal, das vor uns liegt, den wiederfinden, der gesagt hat: „So ihr mich von ganzem Herzen suchet, so will ich mich von euch finden lassen“, dann ist Deutschlands, unsere Zukunft gesichert. Und an der Hand dessen, der jetzt für uns „im Dunkeln wohnt“, wird es wieder aufwärts gehen. Wir werden arbeiten, schaffen und nicht verzweifeln. Wir werden im Vertrauen auf den, der der Gott unserer Väter war und unsere Hilfe und Trost sein will in den großen Nöten, die uns betreffen haben, neue Kraft finden. Und mit der erneuten Kraft kommt Klarer, fester Wille, und mit dem Willen zuversichtliches Glauben. Den Feinden ein Nein, Gott dem Herrn ein Ja, und Deutschland wird leben.

Berufliche Rundschau.

Tarif-Entwurf.

1. Vertragsbestimmungen.

Zwischen dem Verband Deutscher Damen- und Mädchenmätel-Fabrikanten e. V., vertreten durch die Herren:

den: Verband der Meister der Damensonfektion, vertreten durch die Herren:

dem Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands, vertreten durch die Herren:

dem Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen Deutschlands, vertreten durch die Damen:

dem Verband christlicher Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufe Deutschlands, vertreten durch Herren:

und dem Gewerbeverein der Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufe Deutschlands, vertreten durch Herren:

wird folgendes vereinbart:

§ 1.

Die Bestimmungen dieses Vertrages nebst dem beiliegenden Lohn tarif treten am 1919 in Kraft und gelten bis 1920 für die Vertragsparteien und deren Mitglieder.

§ 2.

Wird der Vertrag nebst Tarif nicht drei Monate vor seinem Ablauf gekündigt, so hat er ein weiteres Jahr Gültigkeit.

§ 3.

Der kündigende Vertragszettel hat gleichzeitig seine Anträge für das fernere Zustandekommen eines Tarifes einzureichen.

§ 4.

Die Vertragsparteien verpflichten sich, nur von Vorstand zu verhandeln; Vereinbarungen zwischen einzelnen Mitgliedern der Vertragsparteien sind unzulässig und nichtig.

§ 5.

Eine Abschrift des Vertrages nebst Tarif wird zu den Akten des Reichsarbeitsamts gegeben.

§ 6.

An jedem Orte wird eine ständige Tarifkommission, bestehend aus sieben Arbeitgebern und sieben Arbeitnehmern, gebildet.

Falls sich die Kommission über die Entlohnung nicht einigen kann, werden die Streitpunkte der vorgesehenen Schlichtungsinstanz zur Entscheidung unterbreitet.

§ 7.

Infolge Lohnbewegungen oder Geltendmachung tariflicher Rechte dürfen Maßregelungen nicht vorgenommen werden.

§ 8.

Das Rohmaterial wird allen Arbeitern und Arbeiterinnen von dem unmittelbaren Arbeitgeber unentgeltlich in natura geliefert.

§ 9.

Die Arbeitszeit beträgt pro Woche 48 Stunden netto unter Freigabe des Sonnabendnachmittag ab 2 Uhr. Die nähere Einteilung der Arbeitsstunden erfolgt durch freie Vereinbarung zwischen dem einzelnen Arbeitgeber und der Betriebsvertretung der Arbeitnehmer.

Die Arbeit ist tunlichst gleichmäßig zu verteilen und darf pro Woche auch an Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen nicht mehr Arbeit ausgegeben werden, als Betriebsarbeiter und -arbeiterinnen durchschnittlich in 48 Stunden fertigstellen können.

Der Arbeitgeber ist nicht berechtigt, von Heimarbeiterinnen ein größeres Quantum Arbeit wie vorstehend zu verlangen; andererseits ist es verboten, Betriebsarbeitern und -arbeiterinnen Arbeit nach Hause zu geben.

§ 10.

In der stillen Zeit wird die tägliche Arbeitszeit nach Maßgabe der vorhandenen Arbeit verringert, oder die vorhandene Arbeit nach der Zahl der Arbeiter bzw. Arbeiterinnen gleichmäßig verteilt. Etwasiges Aussetzen der Arbeitskräfte hat ebenfalls gerecht und gleichmäßig für Werkstat- und Heimarbeiterinnen verteilt zu erfolgen.

Muster-Arbeiten sind hiervon ausgenommen.

§ 11.

Arbeiter und Arbeiterinnen, welche mindestens ein Jahr in einem Betriebe tätig sind, erhalten 6 Tage, nach dem zweiten Jahr 9 und nach drei Jahren 12 Tage Ferien unter Fortzahlung des Lohnes. Stückarbeiter und -arbeiterinnen erhalten den vorgesehenen Zeitlohn ihrer Gruppe bezahlt.

§ 12.

Wenn Arbeitnehmer in der stillen Zeit unfreiwillig ausgesetzt und in der Saison für den gleichen Arbeitgeber bzw. Meister weiterarbeiten, gilt dies als fortlaufende Beschäftigung.

§ 13.

Soweit bei einem Arbeitgeber oder Meister günstigere Bedingungen oder höhere Löhne bestehen, als in diesem Vertrage bzw. Tarif enthalten sind, sind erstere aufrechtzuerhalten.

Der Tarifvertrag mit den Lohnsätzen ist im Arbeits- bzw. Pflerraum an leicht sichtbarer Stelle auszuhängen, auch muß bemerkt sein, nach welcher Tarifklasse gearbeitet wird.

Verantwortlich für die richtige Auszahlung des Tariflohnes und die Einhaltung der gesamten Tarifbestimmungen einschließlich der von der Tarifkommission vereinbarten Ergänzungen ist in allen Fällen der Arbeitgeberverband.

Beanstandungen der Löhne müssen spätestens innerhalb von zehn Tagen nach Lieferung des ersten Musterstückes an den Unternehmer erfolgen, der Arbeitslohn muß bei jeder Lieferung auf dem Lieferchein bemerkt sein.

§ 14.

Entstehen zwischen den einzelnen Mitgliedern der Vertragsparteien Streitigkeiten aus dem Tarif- oder Arbeitsverhältnis, so versucht zunächst die Vertretung der Arbeitnehmer des betreffenden Geschäftes mit dem Arbeitgeber eine Einigung zu erzielen. Ist dies nicht möglich, ist die Differenz innerhalb zwei Wochen nach dieser Aussprache der örtlichen Tarifkommission zur Herbeiführung einer Einigung zu unterbreiten. Kann auch diese keine Einigung erzielen, wird der Streitfall dem Gewerbegericht zur Entscheidung überwiesen.

§ 15.

Bis zur Bildung einer besonderen Schiedsinstanz sind auch alle sonstigen Differenzen dem Gewerbegericht als Schlichtungsinstanz zu unterbreiten.

Die paritätische Kommission hat sich über diese Tarifbestimmungen mit Ausnahme von § 11, über den die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, geeinigt. Auch über die Tariffrage ist mit wenigen Ausnahmen von Einigkeit erzielt, so daß wir hoffen, in der nächsten Nummer der Heimarbeiterin den ersten Tarif in der Damensonfektion zum Abdruck bringen zu können. Wenn er auch nicht ganz unseren Wünschen entspricht, so ist ihm doch ein großer Schritt zur Befriedung der Heimarbeiter gemacht. Die Tarifbestimmungen veröffentlichten wir schon heute, weil sie mit etwa notwendigen örtlichen und beruflichen Veränderungen als Grundlage für Tarifverhandlungen dienen können, die ebenfalls teilweise in so vielen unserer Ortsgruppen einlezen.

Aus anderen Verbänden.

Der deutsche Verband der Sozialbeamtinnen hielt am 12. April d. J. in Berlin seine Hauptversammlung ab. Trotz der erschwerten Reisebedingungen hatten die meisten Ortsgruppen Vertreterinnen entsendet. Wie aus dem von der Vorsitzenden, Fräulein Weerenson, erstatteten Geschäftsbericht hervorging, hat der Verband ein sehr erfreuliches Anwachsen zu verzeichnen. Während er auf der letzten Hauptversammlung im März vergangenen Jahres 356 Mitglieder in vier Ortsgruppen zählte, kann er jetzt auf über 1000 Mitglieder blicken, die mit Ausnahme von 250 Einzelstehenden in 15 Ortsgruppen zusammengeschlossen sind. Die Gründung weiterer Ortsgruppen ist in Vorbereitung. Mit tiefem Schmerz wurde des Ausscheidens der Ortsgruppe Straßburg, das so gut wie sicher ist, gedacht. Das Anwachsen des Verbandes beweist um so mehr die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Sozialbeamtinnen, als die Werbetätigkeit — namentlich durch die Verkehrsministerien — außerordentlich behindert gewesen ist, und die Verständigung mit den Ortsgruppen im besetzten Gebiet sich nur sehr langsam vollziehen kann. Um die Tagesordnung durch-

führen zu können, wurde ein Wahlverfahren angenommen, laut dem je 25 Mitglieder einer Ortsgruppe auf der Hauptversammlung eine Stimme haben, bei über 200 Mitgliedern je 50. Von den Arbeiten des Verbandes in der vergangenen Geschäftspertode ist ein Rundschreiben an Magistrate zu nennen, das sich mit den Anstellungsverhältnissen der Sozialbeamtinnen befaßt. Angebote, offene Stellen zeigen steigende Tendenz, trotz der allgemeinen ungünstigen Lage des Arbeitsmarktes. Dagegen werden auch die Sozialbeamtinnen von der unerfreulichen Erscheinung auf dem Arbeitsmarkt, der Entlassung weiblicher Angestellter, teilweise getroffen. Außer der Fachabteilung „Arbeitsnachweis“ haben sich solche für „Polizeifürsorgerinnen“ und „Fabrikflegerinnen“ gebildet. Die Ortsgruppen werden dringend aufgefordert, für Eintritt ihrer Mitglieder in Fachabteilungen zu sorgen. Die Frage des Anschlusses an eine Gewerkschaft bzw. Umgestaltung des Verbandes in eine Gewerkschaft nach heutigen Anforderungen wurde auf Grund von Referaten von Fräulein Kuhlwein (für den Anschluß) und Fräulein Dorothea Dirichfeld (gegen den Anschluß) erörtert. Nach sehr lebhafter Diskussion ergab die Abstimmung Ablehnung des Antrages als mit dem sozialen Gedanken unvereinbar. Die Abteilung für Arbeitsnachweissbeamtinnen Groß-Berlin ließ darauf eine Erklärung abgeben, daß sie sich vom Hauptverband lossage und selbständig versuchen würde, die gewerkschaftliche Anerkennung zu erlangen. Auf Antrag der Ortsgruppen Groß-Berlin und Essen wurde beschlossen, eine Arbeitsgemeinschaft mit verwandten Organisationen anzubahnen. Eine Kommission zum Studium der Bedeutung der privaten Wohlfahrtspflege und ihrer wirtschaftlichen Fundierung wurde eingesetzt und die Gründung eines eigenen Verbandsorgans beschlossen. In den Vorstand wurden gewählt: Fräulein Adele Beerensson als Vorsitzende; Fräulein Elise Hannen, Fräulein Dr. Kröhne-Düffelhorf, Fräulein Margret v. d. Decken, Freiin Raiz von Frenz-Trier, Fräulein Frida Wunderlich, Frau Elisabeth Stein, Fräulein Hildegard von Sierte, Fräulein Heidi Denzel-Darmstadt, Fräulein Dorothea von Belsen, Fräulein Dr. Berliner, Fräulein von Berthens-Kassel, Fräulein Brigitte Reichenau-Königsberg, Fräulein Lotte Voelke, Fräulein Dr. Thurnau-Frankfurt a. M. Der Sonntagvormittag vereinigte den Vorstand mit den auswärtigen Delegierten zu einer zwanglosen Aussprache und zu einem gemeinsamen Mittagessen. Trotz der Schwierigkeiten, mit denen die Tagung, durch die Zeitverhältnisse zu kämpfen hatte, kann sie als sehr gelungen bezeichnet werden.

Etwa 1000 Personen, 160 Familien erhalten bei Berlin in Neuenhagen auf rein bodenreformerscher Grundlage Heimstätten. Die Kirche gab den Boden. Dr. Max Breslauer, Privatdozent an der Technischen Hochschule, widmete sich den nicht leichten Vorbereitungsarbeiten mit Hingebung. Er hat darüber eingehend in der „Deutschen Warte“ berichtet. Auch wieder einmal ein Beweis für den Segen der „unpraktischen Bodenreform“.

Unser Gewerkschaftsblatt*).

Wir wollen heute über unser Gewerkschaftsblatt reden — über seine Beschaffenheit, seinen Zweck, seine Aufgaben, seine weitere Ausgestaltung usw. Ich möchte da zunächst die Frage aufwerfen: Warum brauchen wir überhaupt eine besondere Gewerkschaftspress, ein besonderes Verbandsorgan? Es gibt doch so unendlich viele Zeitungen, daß man, wenn man wollte, den ganzen Tag mit Lesen derselben zubringen könnte. So viel nun aber auch darin stehen mag, und so sehr uns das alles interessiert, wir finden in ihr nicht das, was uns als Arbeiterchaft, als Heimarbeiterrinnen im besonderen angeht. Es ist ganz unmöglich, daß die Tagespresse all die unzähligen Berufsfragen so eingehend und ausführlich behandelt, wie wir es brauchen. Nun haben wir ja aber, da wir dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossen sind, auch noch die Gewerkschaftspress, das Zentralblatt. Aber auch hier können, da ja die verschiedensten Berufsarten dem Gesamtverband angeschlossen sind, nur Fragen von mehr allgemeinem Interesse für die Arbeiterchaft, vielleicht manchmal, aber nur ganz selten, einzelne Berufsfragen behandelt werden. Wenn wir also als Zusammenschluß der Heimarbeiterrinnen eine Zeitung haben wollen, in der alle unsere eigenen Angelegenheiten zur Sprache kommen, so müssen wir eine eigene Zeitung, ein Verbandsorgan haben. Das ist einer der wichtigsten Gründe. Hinzu kommt noch, daß jede Organisation, wenn sie zwischen Leitung und ausfüh-

den Stellen, zwischen den einzelnen Gruppen, ja auch zwischen den Mitgliedern selbst Einheitlichkeit haben will, Einheitlichkeit in der Beurteilung der Berufsfragen, der Gefinnung, ein Sprachrohr oder besser ein Bindemittel für alle braucht. Und dieses Bindemittel kann nur das Verbandsorgan sein.

Daß wir also ein besonderes Blatt brauchen, ist ohne weiteres klar; wir heißen es ja auch in unserer „Heimarbeiterrin“.

Was erwarten wir nun von unserer Verbands-Zeitung? Das nächstliegende und hauptsächlichste ist natürlich, daß sie alle einschlägigen Berufsfragen, also Lohn- und Arbeitsfragen, Versicherungsweisen, die Frage der Erhaltung oder Abschaffung der Heimarbeit, den Ausbau der sozialen Gesetzgebung usw. eingehend bespricht. Es läme dann die Behandlung der inneren Vereinsangelegenheiten: Hauptvorstands-, Kassen- und Versammlungsberichte, auch Berichte über besondere Vorkommnisse innerhalb der Organisation, Todesanzeigen, Gruppenberichte. Die letzteren scheinen auf den ersten Blick nicht allgemein interessierend und werden darum manchmal für überflüssig gehalten. Ich halte sie aber gerade für wichtig, weil die Mitglieder der einzelnen Gruppen, besonders aber die der neuen Gruppen doch ein viel stärkeres Gefühl der Zugehörigkeit zu dem Ganzen bekommen, wenn sie einen Bericht ihrer Gruppe in der Zeitung finden. Ferner dienen sie m. E. dazu, die gegenseitige Anteilnahme der Gruppen im ganzen Reich zu wecken und wachzuhalten.

Ähnlich ist es mit den Todesanzeigen. Sie sind mit Beginn dieses Jahres ja, wie wir wissen, dahin abgeändert worden, daß die Todesursachen nicht mehr veröffentlicht werden. Manchmal wurde auch die Veröffentlichung der Todesursache von den Angehörigen nicht gewünscht. Die Todesanzeigen selbst müssen m. E. um der Angehörigen der Verstorbenen und wiederum um der gegenseitigen Anteilnahme willen in einem Verbandsorgan Aufnahme finden.

Die beiden eben erwähnten Gebiete: Berufliches und innere Angelegenheiten bilden eigentlich den Inhalt des Blattes im engeren Sinne. Wir sind uns aber wohl also darüber einig, daß damit die Wünsche, die wir an unser Blatt haben, noch lange nicht erfüllt sind. Ein Verbandsorgan hat ja nicht nur allein den Zweck, auf dem Gebiet der eigenen Arbeit aufzuklären und zu unterrichten, sondern es soll der Arbeiterchaft, in deren Hände es kommt, auch über die Grenzen des eigenen Berufes hinaus den Blick für andere Dinge weiten, ihnen z. B. das Zueinandergreifen der verschiedenen Berufe und ihre Bedeutung für die Volkswirtschaft, die großen Zusammenhänge im Leben des Staates, die Lage der Arbeiterchaft in anderen Ländern, die sozialen Fragen des öffentlichen Lebens, die wieder in das Leben auch des einzelnen Arbeiters, der einzelnen Arbeiterin tief eingreifen, vorführen und zu allen diesen Fragen vom Standpunkt des Arbeiters aus Stellung nehmen. Dadurch wird in den Arbeitern und Arbeiterinnen nicht nur das Bildungsbedürfnis geweckt, sondern ihnen auch Gelegenheit zur Weiterbildung gegeben, was sicher eine der wichtigsten Aufgaben eines Verbandsorgans ist. Außerdem soll die Behandlung all dieser Fragen aus dem Gesichtspunkt des Arbeiters heraus bei anderen Volksschichten, die ja diese Blätter auch lesen, Verständnis für die Arbeiterchaft und ihre Verbandsorganisation erwecken. Wir leben zwar jetzt gerade in einer Zeit des schärfsten Klassenhasses, einer Zeit, in der der Haß einzelner Volksschichten untereinander so groß ist, daß ein Ueberbrücken, ein Wiederaufkommen fast unmöglich erscheint, ja, gar nicht einmal angestrebt wird. Ich meine aber, daß es uns als Angehörigen einer christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht ziemt, so mitzuhelfen. Vielmehr sollte es unsere Aufgabe sein, immer wieder ein Ausgleich, eine Versöhnung zu versuchen. Das Geschwätz von der „Gleichheit für alle“ ist ja doch nur eine Utopie und wird nie Wirklichkeit werden. Und in der Zeit der Not, in der wir jetzt stehen, gibt es für uns, wenn wir nicht untergehen wollen, überhaupt nur den einen Gedanken, daß wir, die wir eines Stammes sind, uns zusammenrücken und gemeinsam die uns auferlegte Not tragen, damit sie leichter werde. Auf dem Wege des Hasses, den leider unser Volk jetzt geht, werden wir nicht weit kommen, sondern gar bald unter der Unterdrückung von außen und der Selbstzerfleischung von innen zusammenbrechen.

Nun zurück zu unserem Thema. Ich sagte zuletzt, daß die Weiterbildung der Mitglieder und die Aufklärung in anderen Volksschichten zu den Aufgaben eines Verbandsblattes gehören, ja von größter Wichtigkeit sind. Wünschen wir nun diese beiden Gebiete, die natürlich keine Unterhaltungslektüre, sondern vielmehr Stoff zu ernstem Nachdenken ergeben, auch für unsere „Heimarbeiterrin“? Diese Frage können wir ohne weiteres mit einem „Ja“ beantworten. Denn auch wir Frauen haben ein Interesse an all diesen Dingen, ganz abgesehen davon, daß die jetzige Stellung der Frau im öffentlichen Leben ein ziemlich großes Maß von Wissen von ihr fordert. Außerdem müssen wir als

* Folgende Ausführungen wurden am ersten Diskussionsabend d. J. des Landesverbandes Brandenburg gemacht. Ihnen folgte eine sehr lebhafte mehr stündige Erörterung. Hoffentlich wird sie von den auswärtigen Gruppen in unserm Blatt fortgesetzt werden! Die Schriftleitung.

Angehörige einer reinen Frauenbewegung den Stolz besitzen, daß wir mit dem, was unser Vereinsblatt uns bietet, hinter den Männern nicht zurückstehen.

Vor dem Kriege hat sich denn auch die „Heimarbeiterin“ nur mit gewerkschaftlichen und mit sozialen Angelegenheiten beschäftigt. In der letzten Zeit vor dem Kriege ist aber mehrmals der Vorschlag gemacht worden, daß in die „Heimarbeiterin“ ein unterhaltender Teil mit hineingenommen werden möchte, weil sie in ihrer rein gewerkschaftlichen Form manchen Mitgliedern zu trocken wäre. Die Verwirklichung dieses Vorschlages ist auch, glaube ich, schon ins Auge gefaßt worden. Da kam aber der Krieg und brachte in seinem Verlauf eine Menge neuer Aufgaben auch für die „Heimarbeiterin“ mit sich. Zunächst belamen die Leitartikel ein anderes Gesicht. In ihnen spiegeln sich seit dem August 1914 alle wichtigen Ereignisse des Krieges wider, sie waren neben stolzer Siegeszuversicht bis zuletzt durchtränkt von der Mahnung an unsere Mitglieder: Haltet durch, haltet aus! Zahlreiche Kriegsgedichte, Berichte über die Kriegshilfe dahel und im Felde, ein besonderer Abschnitt „Ereignis und Heileres aus großer Zeit“ fanden Aufnahme in der „Heimarbeiterin“. Als wir Daheimgebliebenen dann den Krieg auch an den immer knapper werdenden Lebensmitteln spürten, wollte die „Heimarbeiterin“ ihren Lesern durch Kochrezepte aller Art und sonstige Winke für den Kriegshaushalt gute Ratschläge erteilen. Als dann jene Unglückszeit im letzten Viertel des Jahres 1918 über uns hereinbrach, die uns Frauen nachher in die Politik hineingog, da wurde die „Heimarbeiterin“ auch, weil es ja gar nicht anders ging, politisch.

Das alles wird jetzt wieder zurücktreten und die „Heimarbeiterin“ wird ihr altes Gesicht bekommen müssen oder richtiger: Wir sollen jetzt dazu Stellung nehmen, was wir beibehalten haben möchten und was nicht, in welcher Gestalt den Mitgliedern ihr Vereinsblatt am liebsten ist. Denn lieb und wert muß es ihnen sein oder richtiger bleiben, (daß es dies bisher, besonders während des Krieges in größtem Maße war, konnte man aus so manchem Heimarbeiterinnenmunde hören), so daß es in dem Hause jeder Heimarbeiterin unter dem, was an Zeitungen usw. gelesen wird, den ersten Platz einnimmt.

Da der Gewerksverein parteipolitisch neutral ist und auch bleiben wird, darf natürlich die „Heimarbeiterin“ Parteipolitische nicht enthalten. Die Frage ist aber, ob wir uns weiter etwas Aufklärung und auch Leitung in der Politik überhaupt durch die „Heimarbeiterin“ wünschen. Meine Meinung darüber ist die, daß wir in der neuen Zeit an den wichtigsten politischen Fragen, die doch nun auch Sache der Frauen sind, nicht vorbeigehen können, ohne sie zu besprechen, besonders wenn man wie wir an dem Wiederaufbau des Vaterlandes mitarbeiten will. Andere sagen aber, daß der Gewerksverein und damit auch seine Zeitung ganz unpolitisch sein soll, wie er es früher war, weil er doch eine reine Berufsorganisation ist, der eben Heimarbeiterinnen angehören, ganz gleich, welcher Gesinnung sie sonst sind, und deren Gesinnung wir, wenn die Organisation weiter wachsen soll, in keiner Weise beeinflussen oder gar verlegen dürfen. Ich sagte ja schon, daß wir Parteipolitik natürlich nicht treiben dürfen, aber etwas anderes dürfen und müssen wir, nämlich: Gesinnung pflegen, und das kann man in der heutigen Zeit, wo eigentlich alles irgendwie in die Politik hineingreift, wohl kaum bei einer ganz unpolitischen Haltung. Fraglich ist auch, ob der Abschnitt mit der Besprechung hauswirtschaftlicher und hausmütterlicher Fragen beibehalten werden soll, der zwar auch Frauen sehr interessiert, der aber meiner Meinung nach in einem Gewerkschaftsblatt nicht auf die Dauer bleiben kann. Auch der Punkt Unterhaltungsliteratur tritt erneut an uns heran. An sich paßt ja ein unterhaltender Teil nicht in den Rahmen eines Gewerkschaftsblattes, und ich bin eigentlich gar nicht dafür. Aber es ist zu verstehen, daß unsere Mitglieder, die meist die billigeren Tageszeitungen lesen, in denen die Unterhaltungsstoff oft sehr zu wünschen übrig lassen, gern guten Unterhaltungsstoff in der „Heimarbeiterin“ finden würden. Denn zur Haltung besonderer Unterhaltungsschriften fehlt ihnen das Geld. Natürlich käme für die „Heimarbeiterin“ nur ein unterhaltender Teil in mehr künstlerischem Sinne in Frage mit Aufsätzen, Literatur-Besprechungen in gemeinverständlicher Weise usw. Die Veröffentlichung von Novellen, Romanen usw. schließt sich bei einem monatlich erscheinenden Blatt von selbst aus. — Wenn also es sich mit den Druckkosten, auch mit der Mehrarbeit, die so etwas unbedingt mit sich bringt, vereinigen läßt, wäre ein unterhaltender Teil in dem doch in erwähnten Sinne nicht so ohne weiteres abzulehnen. Nun habe ich aber gehört, daß die christlichen Gewerkschaften die Herausgabe einer eigenen Tageszeitung planen. Wenn wir die bekommen, und die Mitglieder sie halten, wird sie natürlich auch eine Unterhaltungsbeflage haben, und die ganze Frage stiele für unser Blatt weg.

Nun wäre noch etwas über die Ausschmückung zu sagen. Wünschen wir uns, wie es bisher immer war, so auch weiter ein kurzes Gedicht am Kopf der „Heimarbeiterin“, auch noch eins am Schluß derselben? Nach meinem Empfinden möchte ich es nicht müssen. Das Gedicht am Kopf der „Heimarbeiterin“ — es braucht ja auch nur ein Dichtervort oder das Wort irgend eines großen Menschen zu sein — soll weiter, wie es bisher war, stets mit dem Leitartikel in innerem Zusammenhang stehen und diesem als Leitmotiv dienen; das am Ende könnte dann der Zeit und ihren Geschehnissen entsprechen.

Zum Schluß möchte ich noch den Vorschlag machen, daß die vorhin erwähnten Aufgaben: Besprechung der Berufsangelegenheiten und Besprechung der allgemeinen Fragen auf volkswirtschaftlichem und sozialem Gebiet, nicht allein der Redaktion des Blattes obliegen. Von ihr wird und muß zwar immer die Führung ausgehen, aber die einzelnen Gruppen, auch einzelne Mitglieder, möchten sich an der Besprechung all dieser Fragen beteiligen und ihre Meinung dazu sagen, wodurch doch sicher viel Wertvolles noch in die „Heimarbeiterin“ hineinkommen würde. E. Friede Groß.

Aus unserer Bewegung.

Hamburg-Hammerbrook. Unsere Waierversammlung stand unter dem niederschmetternden Eindruck der gerade bekannt gewordenen sogenannten Friedensbedingungen. Friedrich Gilling, die in Vertretung unserer ersten Vorsitzenden die Versammlung leitete, erörterte die unabsehbare Tragweite dieser schmachvollen Bedingungen, deren Annahme uns einen Gewaltfrieden schlimmster Art bringen würde. Sie zeigte den Frauen und Müttern, welche eine Zukunft ihnen, ihren Kindern und Kindeskindern bevorstehe, wenn nicht das ganze Volk wie ein Mann sich auftraffe und mit aller Energie, mit Stolz und Opfermut ablehne, sein eigenes Todesurteil zu unterschreiben. Fr. Gilling führte u. a. aus: „Wir sind keine Politiker, sondern nur schlichte Arbeiterinnen, aber wir glauben und fürchten, daß wir durch Unterzeichnung dieser von Haß, Rachsucht und Raublust diktierten Bedingungen auch noch das Letzte verlieren würden, nämlich die eheliche Achtung, die die Welt unserem nur durch Hunger und Uebermacht zu Boden gewordenen Volke zollen muß. Wir haben trotz aller bitteren Erfahrungen der letzten fünf Jahre noch die Hoffnung, daß die Völker der Welt, soweit noch nicht alles Gerechtigkeitsgefühl in ihnen erstorben ist, es nicht zugeben werden, daß ein Millionenvolk, das so Großes geleistet, wie das deutsche, das unschätzbare Kulturgüter geschaffen hat und auf soziale Gebiete von keiner anderen Nation übertrifft ist, weiter systematisch durch Hunger und Unterdrückung zugrunde gerichtet wird. Die Folgen nicht nur für uns, sondern für ganz Europa wären fürchterlich. Wenn wir aber ungeachtet des Schweren, was uns ohne Zweifel noch bevorsteht, unsere Ehre vor der Welt und, was noch mehr wert ist, unsere Selbstachtung bewahren, dann ist auch für uns noch nicht alles verloren. Wenn wir mit eiserner Willenskraft alles Schlechte und Minderwertige, was sich jetzt in unserem Volke breit macht, niederringen, wenn wir den guten Kern, der trotz allem noch in uns Deutschen steckt, wieder zur Geltung bringen und zur alten deutschen Einfachheit und Gottesfurcht zurückkehren, dann werden wir nicht untergehen, und unsere Kinder und Kindeskinde werden unser Andenken in Ehren halten und es uns danken, daß wir in schwerster Zeit Treue gehalten und nicht unsere Einwilligung dazu gegeben haben, daß sie als Sklaven an unsere Feinde ausgeliefert werden.“ Mit großer Aufmerksamkeit und ständlich bewegt folgten die Mitglieder den Worten der Vortragenden, und ergreifend war es, daß gerade eine Kriegswitwe es war, die als erste zum Ausdruck brachte, daß wir unmöglich einen solchen Vertrag unterschreiben können, denn für einen solchen Frieden seien unsere Lieben doch nicht geopfert worden. Nachdem Fr. Gilling dann die Entschließung des Hauptvorstandes verlesen hatte, wurde diese durch Handaufheben einstimmig angenommen. Am liebsten hätte die Versammlungsleiterin jetzt die Versammlung geschlossen, um den tiefen Eindruck des Besprochenen nicht abzuschwächen, doch mußte noch das Gewerkschaftliche pflichtgemäß erledigt werden. Die Wohnregelung in der Maßschneiderei mit den Verfügungen über die Abschaffung der Heimarbeit und besonders die Verhandlungen mit dem Fleibungs-Instandsetzungsamt über die den Heimarbeiterinnen gekürzten Löhne, die noch nicht zum Abschluß gekommen sind, gaben Anlaß zu reger Aussprache. Einige Vertrauensfrauen klagten sehr über den Austritt von Mitgliedern, deren Männer zurückgekehrt, und die nicht mehr mit Heimarbeit beschäftigt sind. Fr. Gilling erwiderte darauf, daß es kaum zu verstehen sei, wenn Mitglieder, denen der Gewerksverein in den harten Kriegsjahren durch Ausbildungsmöglichkeit, Arbeitsbeschaffung, Nachschub, Erwirkung angemessener Löhne, Rat und Auskunft usw.

geholfen hat, jetzt das kleine Opfer scheuen, durch Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft eine Bewegung zu stützen, deren Gutes sie selbst genossen haben. Von denjenigen, denen ein gütiges Geschick den Ernährer erhalten hat, könnte man mit Recht erwarten, daß sie aus Dankbarkeit ihre weniger glücklichen Schwestern gerade jetzt, wo der Kampf um die Heimarbeit viele brotlos zu machen droht, nicht im Stiche lassen! Zum Schluß forderte die Rednerin zum zahlreichen Besuch der am 29. Mai stattfindenden Kartellversammlung auf und schloß dann die Versammlung.

Lissa, Polen. Zunächst möchten wir unseren lieben Schwestern in ganz Deutschland erzählen, daß wir noch deutsch sind und auch deutsch bleiben wollen. Lissa ist noch nie von Polen besetzt gewesen. Es herrscht darüber im Reiche eine merkwürdige Unkenntnis. Wir haben selbst auch geholfen, soviel wir konnten, deutsch zu bleiben. Außerdem galt unsere erste Arbeit nach der Revolution der Vorarbeit für die Wahlen, aus deren Ergebnis bei uns wir stolz sind. Es wird jetzt hier auch allgemein anerkannt, daß die christlichen Gewerkschaften, zumeist der Gewerksverein der Heimarbeiterinnen, daran schuld sind, daß es der roten Flut sehr schwer wird, hier einzubringen. Wenn die verschiedenen Stände überall so füreinander und miteinander gearbeitet hätten, so wäre eine Revolution unumgänglich gewesen. Nach der Wahl hieß es nun, neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Durch Inserate in den Zeitungen erhielten wir so viel Näh-, Fild-, Stopp- und Strickarbeit, daß wir die wirklich ganz auf die Arbeit angewiesenen Mitglieder bis jetzt ständig beschäftigen konnten. Natürlich mußte wieder Neues gelernt werden. Aber unsere Mitglieder können jetzt alles, dank der nun sechsjährigen Schulung durch die Militärarbeit. Ein neuer Erwerbszweig ist z. B. das Strumpffleiden geworden. Jetzt wollen wir auch die Schuhwerkstatt der Verwundeten übernehmen, und wenn es geglikt ist, werden wir berichten, wie es geworden ist.

Stettin. Seit unserem Zusammensein im vorigen Jahr hat unsere Gruppe nichts von sich hören lassen, hat aber die Enttäuschungen und Schwierigkeiten dieses juchhabaren Jahres wie jede andere Gruppe durchgemacht. Unsere Betriebswerkstätte besteht noch, hat aber seit Aufhören der Militärarbeit im Dezember vorigen Jahres mit vielen Nöten zu kämpfen gehabt. Woher Arbeit bekommen? Das war die große Frage. Eine kleine Firma unterstützte uns zunächst mit kleinen Aufträgen aus Westen und Hosen in sogen. Maßarbeit, die aber nur für die gewandtesten Arbeiterinnen geeignet war und jetzt vielleicht ganz aufhört. Wir haben uns daher auf Anerbieten einer Papierfirma dem Lüttenleben zugewendet, das aber vorläufig so niedrige Löhne einbringt, daß nur wenige davon Gebrauch machen können. Unsere zweite Vorsitzende, die im Lüttenleben Erfahrung hat, gibt den Mitgliedern darin Anweisung. Ob es uns gelingen wird, einen besseren Tarif abzuschließen, bleibt abzuwarten. Ein weiteres Mißgeschick betraf uns dadurch, daß unsere Betriebswerkstätte im Laufe des vergangenen Jahres zweimal bestohlen wurde! Ein Schaden von 20 000 M., den für die Versicherung genau festzustellen unseren Leiterinnen unendliche Mühe gemacht hat! — In politischer Beziehung mußte unsere erste Vorsitzende, ähnlich wie Frau Wiese in Württemberg, ganz Hinterbannern durchziehen, um auf Wunsch ihrer Partei in den verschiedensten kleinen Städten Wahlvorträge zu halten und Jrl. Behm darin zu vertreten. Daß letztere in Pommern auf unseren Vorschlag als Wahlkandidatin für die Nationalversammlung aufgestellt und durchgekommen ist, erfüllt uns andauernd mit berechtigtem Stolz. Unsere erste Vorsitzende, die auch als Kandidatin für die Preussische Landesversammlung aufgestellt war, ist nur in die Stadtverordneten-Versammlung gewählt worden und kann wenigstens dort in unserem Sinne tätig sein. Ebenso ist sie wieder in die so wichtige Kriegsernährungs-Kommission gekommen. Einen weiteren Erfolg haben wir dadurch errungen, daß eines unserer Mitglieder nach hartem Kampf mit den freien und Christ-Deutschen Verbänden als gleichberechtigt von der Regierung in den neu zu errichtenden Reichsausschuß für Herren- und Knaben-Konfektion berufen worden ist. Die beiden angeführten Gewerkschaften wollten die unrige durchaus nicht als ebenbürtig anerkennen, mußten aber schließlich ihren Widerstand unter der sachlich-unparteiischen Leitung des betr. Gewerberates aufgeben. Auf diese Weise ist unsere Organisation zum erstenmal hier öffentlich und amtlich als vollberechtigt anerkannt worden. Auch in der Erwerbslosenfürsorge ist eines unserer Mitglieder auf dem städtischen Bureau tätig. Das sind unsere Leiden und Freuden; Leiden und Freuden wie sie ähnlich wohl jeder Gruppe beschiden sind! Zum Glück ist in Stettin im übrigen eine der wenigen Städte, in denen es bisher verhältnismäßig ruhig zugeht, so daß man für Leben und Eigentum nicht zu zittern braucht. Auch die Lebensmittelverhältnisse sind anderen Städten gegenüber wahrscheinlich noch

günstig zu nennen, während die Freigabe der Eier sich als ein großer Mißgriff erwies. Sie sind vollständig vom Markt verschunden, und nur wer 1 M. und mehr pro Stück anlegen will, erhält welche in den Geschäften. Zu dem von den Händlern selbst eigentlich festgesetzten Preis von 65 Pf. ist Feins zu haben. Endlich aber ist das aus Amerika angekündigte Mehl eingetroffen und wird pro Kopf in Halbenpund-Rationen verteilt. Möchte nun auch die Blockade aufgehoben und im Zusammenhang damit der Friede — aber nur ein Gerechtigkeitsfriede — Wahrheit werden!

Versammlungsanzeiger.

- Aktova.** 12. Juni, 10. Juli, 7 Uhr, Blumenstr. 79, Vereinshaus.
- Berlin-Moabit.** 9. Juni, 14. Juli, 1/8 Uhr, Alt-Moabit 25, Gemeindehaus.
- Berlin-Nord.** 11. Juni, 9. Juli, 7 Uhr, Uckerstraße 52, Saal der Brodenammlung.
- Berlin-Nordost.** 10. Juni, 8. Juli, 8 Uhr, Schönhauser Allee 177, Stadtmittelsaal.
- Berlin-Öst.** 16. Juni, 14. Juli, 1/8 Uhr, Gr. Frankfurter Straße 11, Hof I.
- Berlin-Süd.** 3. Juni, 1. Juli, 7 Uhr, Johannistisch 3, Eingang Prachvogelstraße, gr. Saal.
- Berlin-Südost.** 11. Juni, 9. Juli, 8 Uhr, Kaufinger Straße 24, Gemeindefaßhaus.
- Berlin-Weßling.** 16. Juni, 21. Juli, 8 Uhr, Schönwalder Straße 21, Gemeindefaßhaus St. Michael.
- Berlin-Weß.** 2. Juni, 7. Juli, 8 Uhr, Rollendorferstr. 41, Hof pt., Mittelsaal.
- Berlin-Wilmersdorf.** 10. Juni, 8. Juli, 1/8 Uhr, Detmolder Straße 17/18, Gemeindehaus.
- Bielefeld.** 6. Juni, 4. Juli, 8 Uhr, Hotel Vereinshaus, Eingang Zimmerstraße, 3. Tur.
- Braunschweig.** 16. Juni, 14. Juli, 8 Uhr, Bestingplatz 3, Gv. Vereinshaus.
- Breslau-Nord.** 2. Juni, 7. Juli, 8 Uhr, Postelgasse 6a, im Saale des Blaukreuzvereins.
- Breslau-Süd.** 11. Juni, 9. Juli, 8 Uhr, Herrenstraße 21/22, Gemeindefaal der Elisabethgemeinde.
- Breslau-Weß.** 17. Juni, 15. Juli, 8 Uhr, Frankfurter Straße 20, Konfirmandenzimmer der Paulusgemeinde.
- Charlottenburg.** 16. Juni, 14. Juli, 8 Uhr, Vortheilstr. 22, Jugendheim.
- Danzig.** 16. Juni, 14. Juli, 7 Uhr, Schüsselbamm 62, Westpreussische Gewerbehalle.
- Darmstadt.** 10. Juni, 8. Juli, 7 Uhr, Stiftstr. 51, „Feierabend“.
- Dresden.** 7. Juni, 5. Juli, 8 Uhr, Kriegswaisenhalle.
- Dresden-Altkad.** 12. Juni, 10. Juli, 8 Uhr, Annenstr. 40, Hinterhaus.
- Dresden-Neukad.** 8. Juni, 4. Juli, 8 Uhr, Königsstr. 21, Gemeindefaal der Dreikönigskirche.
- Dresden-Pieschen.** 11. Juni, 7. Juli, 8 Uhr, Concordienstr. 4, „Concordia“.
- Dresden-Pfirschen.** 10. Juni, 8. Juli, 8 Uhr, Wormser Str. 14, „Stadt Worms“.
- Düsseldorf.** 11. Juni, 9. Juli, 8 Uhr, Rattenstr. 33, Posthaus.
- Eßling.** 17. Juni, 22. Juli, 8 Uhr, Eßlerstraße, Erholungsheim.
- Erfurt.** 2. Juni, 16. Juli, 7. Juli, 8 Uhr, Allerheiligenstr. 10, Gv. Vereinshaus.
- Essen-Nord.** 26. Juni, 24. Juli, 1/8 Uhr, Burgplatz 5.
- Frankfurt-Neubühl.** 17. Juni, 15. Juli, 8 Uhr, Wodenheimer Hofhaus.
- Frankfurt-Nordstern.** 16. Juni, 21. Juli, 8 Uhr, Josephsheim, Bergerstraße 133.
- Frankfurt-Mitte.** 12. Juni, 10. Juli, 8 Uhr, Bleichstr. 40.
- Frankfurt-Weß.** 18. Juni, 16. Juli, 8 Uhr, Hohenzollernplatz 38.
- Frankfurt i. Posen.** 9. Juni, 14. Juli, 8 Uhr, Hausliche.
- Hamburg i. Posen.** 2. Juni, 7. Juli, 8 Uhr, Oststr. 5, Außenheim, Klügelgebäude.
- H.-Schladach.** 8. Juni, 13. Juli, 8 Uhr, Saal von Deben.
- Hoslar a. S.** 10. Juni, 15. Juli, 1/8 Uhr, Kaffeeküche des Evang. Frauenbundes.
- Greifenberg i. Schlesien.** 11. Juni, 9. Juli, 8 Uhr, Ring, Hofhof zum schwarzen Adler.
- Halle-Nord.** 4. Juni, 2. Juli, 8 Uhr, Albrechtstr. 27.
- Halle-Süd.** 2. Juni, 7. Juli, 8 Uhr, Kleine Klausstr. 12, Domgemeindefaal.
- Hamburg-Stadt.** 17. Juni, 15. Juli, 7 Uhr, Notendamm-Chaussee 13, Gutlohaus.
- Hamburg-Nord.** 17. Juni, 15. Juli, 1/8 Uhr, Markthofstraße, Gemeindefaal der Kreuzkirche.
- Hamburg-Eimsbüttel.** 18. Juni, 16. Juli, 7 Uhr, Welle-Allee, Straße 55, Wiffionsaal.
- Hamburg-Hammerbrook.** 12. Juni, 10. Juli, 7 Uhr, Gachsenstraße 21, Wolkeheim.

- Hamburg-Neustadt.** 11. Juni, 9. Juli, 7 Uhr, Böhmtenstr. 4, Bildungsverein.
- Hamburg-Rohlsburgsort.** 11. Juni, 9. Juli, 8 Uhr, Vierländer Straße, Gemeindefaal.
- Hamburg-Winterhude.** 16. Juni, 21. Juli, 8 Uhr, Schillerstraße 15, Gemeindehaus.
- Hann.** 10. Juni, 8. Juli, 1/2 8 Uhr, Kufallee 22 Vereinshaus.
- Hannover.** 16. Juni, 21. Juli, 1/2 8 Uhr, Köbelinger Straße, im großen Saal des alten Rathhauses.
- Hamburg.** 18. Juni, 16. Juli, 8 Uhr, Ferdinandsstraße 17, Margaretenhort.
- Hedderheim.** 17. Juni, 8. Juli, 1/2 8 Uhr, Schule.
- Hillegossen.** 8. Juni, 13. Juli, 4 Uhr, Schule Hillegossen.
- Hirschberg i. Schlesien.** 16. Juni, 14. Juli, 8 Uhr, Warmbrunner Straße, Gasthaus zum Kynast.
- Insterburg.** 11. Juni, 9. Juli, 7 Uhr, Markgrafenplatz 2, Städt. Theater.
- Kassel.** 13. Juni, 11. Juli, 7 Uhr, Fabrikstr. 17, Frauenheim Ost.
- Kolberg.** 9. Juni, 14. Juli, 5 Uhr, Vereinsräume des Deutsch-evangel. Frauenbundes.
- Köln a. Rh.** 15. Juni, 15. Juli, 2 Uhr, Kreuzgasse 2—4, Aula des Gymnasiums.
- Königsberg-Inden.** 18. Juni, 16. Juli, 1/4 8 Uhr, Konfirmandensaal der Luisenkirche.
- Königsberg-Maranenhof.** 10. Juni, 8. Juli, 7 Uhr, Konfirmandensaal der Ottonikirche.
- Königsberg-Oberstadt.** 16. Juni, 21. Juli, 7 Uhr, Steindamm 148, Privat-Theater Herholz.
- Königsberg-Ponaris.** 4. Juni, 9. Juli, 7 Uhr, Konfirmandensaal, Schifferdederstraße 1a.
- Königsberg-Unterstadt.** 16. Juni, 14. Juli, 7 Uhr, Schenklingstraße 32, Lyzeum Hitzgrath.
- Köslin.** 12. Juni, 10. Juli, 8 Uhr, Husarenstraße 1, Gemeindehaus.
- Landsberg a. Warthe.** 17. Juni, 15. Juli, 8 Uhr, Heinersdorfer Straße, Kriegsküche.
- Leipzig-Mitte.** 9. Juni, 14. Juli, 1/2 8 Uhr, Johannisplatz 3, Hof 1.
- Leipzig-West.** 11. Juni, 9. Juli, 8 Uhr, Demmeingsstraße, „Grüne Eiche“.
- Lichtenberg-Pommelsburg.** 16. Juni, 21. Juli, 7 Uhr, Prinz-Albert-Straße 43, Gemeindehaus.
- Magdeburg.** 16. Juni, 21. Juli, 8 Uhr, Friedrichsplatz, Mädchen-Wittelschule.
- Lissa i. Polen.** 27. Juni, 25. Juli, 8 Uhr, Gemeindehaus.
- Magdeburg.** 18. Juni, 16. Juli, 8 Uhr, Klosterhergstr. 1, Strubelstift, Magdeburg-Vudau.
- Metz.** 12. Juni, 10. Juli, 8 Uhr, Rath Vereinshaus.
- München-Stadt.** 18. Juni, 7. Juli, 7 Uhr, Gesellschaftshaus, Brunnstr. 7.
- München-Od.** 23. Juni, 8. Juli, 8 Uhr, Steinstr. 24, „Zum Steinadler“.
- Mitte.** 12. Juni, 10. Juli, 8 Uhr, Katholisches Vereinshaus.
- Neu-Jensenburg.** 3. Juni, 1. Juli, 1/2 8 Uhr, Fohstr., Turngemeinde.
- Nenköln.** 2. Juni, 7. Juli, 7 Uhr, Richardsstr. 31/32, Ede Rosenstraße.
- Nürnberg.** 13. Juni, 11. Juli, 1/2 8 Uhr, Niederstraße, Restaurant Hermès.
- Nowawes.** 6. Juni, 4. Juli, 8 Uhr, Wilhelmstr. 20, Gasthaus Gilbert.
- Nürnberg.** 11. Juni, 9. Juli, 7 Uhr, Rablersgasse 23, Kinderschule St. Jakob.
- Ostschlesien a. M.** 16. Juni, 21. Juli, 8 Uhr, Domstr. 25.
- Ostpreußen.** 25. Juni, 23. Juli, 8 Uhr, Breite Straße, Sünderscher Gasthof.
- Pankow.** 12. Juni, 14. Juli, 1/2 8 Uhr, Auglerstr. 147, Gemeindehaus der Paul-Gerhardi-Gemeinde.
- Pöhlitz i. Steflin.** 5. Juni, 8. Juli, 1/2 8 Uhr, Schützenhaus Blüth.
- Posen.** 16. Juni, 21. Juli, 8 Uhr, Evangelisches Vereinshaus.
- Potsdam.** 16. Juni, 14. Juli, 8 Uhr, Podbißstr. 8/10, II. Saal des Gemeindehauses.
- Regensburg.** 15. Juni, 13. Juli, 1/2 8 Uhr, Jakobinerschente.
- Reutlingen.** 9. Juni, 14. Juli, 8 Uhr, Metzgerstraße, Ev. Vereinshaus.
- Spandau.** 10. Juni, 8. Juli, 8 Uhr, Hoher Steinweg 1a, Guttemplerheim.
- Steglitz.** 10. Juni, 8. Juli, 8 Uhr, Schlossstraße 48, Schlosspark.
- Stettin.** 2. Juni, 7. Juli, 1/2 8 Uhr, Cihaberstr. 53, gr. Saal im Vereinshaus.
- Stolz i. Pommern.** 10. Juni, 7. Juli, 1/2 8 Uhr, Aula der Knaben-Wittelschule, Wollweberstraße.
- Stuttgart-Stadt.** 4. Juni, 2. Juli, 7 Uhr, Hohe Straße 11, Vrenghaus.

- Stuttgart-Bohneng.** 5. Juni, 3. Juli, 8 Uhr, Gasthaus zur Traube.
- Stuttgart-Cannstadt.** 2. Juni, 7. Juli, 1/2 8 Uhr, Kranenstraße, Herberge zur Heimat.
- Stuttgart-Heilbronn.** 11. Juni, 9. Juli, 8 Uhr, Finkenstraße 4, Vereinshaus.
- Stuttgart-Heilbronn.** 11. Juni, 9. Juli, 1/2 8 Uhr, Landhausstr. 153.
- Tübingen-Perendingen.** 10. Juni, 8. Juli, 8 Uhr, Vereinshaus.
- Wandsbek.** 20. Juni, 18. Juli, 8 Uhr, Neue Bahnhofstraße, Gemeindefaal.
- Wetzlar.** 16. Juni, 14. Juli, 1/2 8 Uhr, Altbachplatz, Gemeindehaus.
- Wiesbaden.** 30. Juni, 28. Juli, 8 Uhr, Dogheimstraße 24, Gelekenhaus.
- Zalkow del Steflin.** 5. Juni, 3. Juli, 1/2 8 Uhr, im Gemeindefaal des Pfarrhauses.
- Zwickau i. Sachsen.** 18. Juni, 16. Juli, 7 Uhr, Neußere Leipziger Straße, Herberge zur Heimat.

Viel Getreue sind aus unsern Reihen heimgelassen worden.

In Gruppe Berlin-Nord starb am 7. Mai 1919 unser liebes Mitglied

Frau Martha Dürig, geb. Spilber,

geboren am 7. Oktober 1878 in Berlin.

In Gruppe Berlin-Süd starb am 5. Mai 1919 unser liebes Mitglied

Frau Auguste Wolff, geb. Rahn,

geboren am 12. Oktober 1879 in Wackow, West-Havelland

Gleichfalls in Gruppe Berlin-Süd starb am 8. Mai 1919 unser liebes Mitglied

Fräulein Anna Müller,

geboren am 24. August 1887 in Berlin.

In Gruppe Halle-Nord starb am 6. Mai 1919 nach mehr als zehnjähriger Zugehörigkeit zum Gewerbeverein unser liebes Mitglied

Frau Marie Bähge, geb. Stage,

geboren am 6. November 1865 in Gr.-Ebensleben, Kreis Wolmirstedt.

In Gruppe Hannover starb am 7. April 1919 unser liebes Mitglied

Fräulein Jenny Hagedorn,

geboren am 8. Juni 1855 in Magdeburg.

In Gruppe Leipzig-West starb bereits am 3. Januar 1919 unser liebes Mitglied

Ww. Margarete Krämer, geb. Schiele,

geboren am 13. November 1861 in Leipzig.

Gleichfalls in Gruppe Leipzig-West starb am 30. März 1919 unser liebes Mitglied

Frau Bertha Leidenfrost, geb. Goldstein,

geboren am 25. Mai 1869 in Freiroda bei Schleibitz

In Gruppe Spandau starb am 31. März 1919 unser liebes Mitglied

Frau Anna Weber, geb. Adolph,

geboren am 9. Juni 1886 in Hermsdorf unter dem Kynast, Kreis Hirschberg.

Inhalt: Aus der christlich-nationalen Arbeiter- und Angestellten Deutschlands! Durch Recht zum Recht Gewalt über Recht? — Berufliche Rundschau: Tarif-Gewerkschaften — Und andere Verhandlungen: Der deutsche Verband der Sozialbeamten. Über 1000 Personen. Dieser Gewerkschaftsblatt. — Und unserer Bewegung: Hamburg-Gewerkschaftsblatt, Berlin, Steflin. Verammlungsanzeiger. — Todesanzeigen